



## „Gemeinsam gegen häusliche Gewalt: Aktuelle Herausforderungen in der psychosozialen Versorgung Betroffener“, 14.–15.03.2024, Berlin

### Tagungsbericht

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kriminalität am Beispiel Baden-Württembergs (COVID-19-KRIM)“ lud das Max-Planck-Institut in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule Freiburg am 14. und 15. März zur Fachtagung „Gemeinsam gegen häusliche Gewalt: Aktuelle Herausforderungen in der psychosozialen Versorgung Betroffener“ ins Harnack-Haus in Berlin ein. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung finanziell gefördert.

Ziel der Veranstaltung war es, mit Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen den aktuellen Stand im Bereich der häuslichen Gewalt und Partnerschaftsgewalt aufzunehmen und konkrete Handlungsbedarfe zu ermitteln. Dabei wurden von den Vortragenden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt: Nach einer Einführung von Sabine Kräuter-Stockton (ehemaliges Mitglied im Expertenausschuss GREVIO) über die Ziele der Istanbul-Konvention zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen berichtete Birgitt Haller (Institut für Konfliktforschung Wien) über Studienergebnisse zu Partnerschaftsgewalt und Femiziden in Österreich, deren Relevanz durch aktuelle Ereignisse (mehrere Femizide innerhalb weniger Tage in Wien) unterstrichen wurden.

Anschließend stellte Paula Krüger (Hochschule Luzern) einige vorläufige Ergebnisse ihrer Studie über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Partnerschaftsgewalt in der Schweiz vor. Wie bereits in Studien aus anderen Ländern wurde auch hier deutlich, dass die Frage, ob die Partnerschaftsgewalt während der Pandemie zugenommen hat, differenziert zu beantworten ist. Zwar gab es keinen Anstieg im Jahresvergleich, wohl aber einen Zusammenhang zwischen Gewalt und Strenge der Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen. Außerdem hätten die Lockdowns Einfluss auf die Gewaltdynamik gehabt: Beispielsweise hätten Betroffene keine Fluchtorte und Auszeiten von der Gewalt mehr gefunden. Darüber hinaus sei psychische Gewalt weniger aufgefallen, und Gewaltausübende hätten aufgrund mangelnder sozialer Kontrolle weniger Hemmungen gehabt.

Birgit Schweikert vom BMFSFJ berichtete über politische Vorhaben zur Umsetzung der Istanbul-Konvention;  
Foto: Dietrich Oberwittler



Dietrich Oberwittler und Natalie Gehringer (MPI Freiburg) nahmen ebenfalls die Auswirkungen der Coronapandemie in den Blick und stellten einige Ergebnisse des Projekts COVID-19-KRIM vor. Ähnlich wie in der Schweiz gäbe es auch in Baden-Württemberg keine klare Evidenz für einen numerischen Anstieg der Partnergewalt, jedoch vor allem qualitativ gewonnene Hinweise auf eine Intensivierung der Opfererlebnisse gerade auch bei psychischer Gewalt. Natalie Gehringer ging auf die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse zu den erschwerten Arbeitsbedingungen der Hilfsorganisationen während der Lockdowns ein. Zum Abschluss des ersten Tages hatten die Tagungsteilnehmenden die Möglichkeit, sich in vier Workshops zu verschiedenen Themen wie sozialpolitische Implikationen oder Netzwerkarbeit in Krisenzeiten auszutauschen. Die Workshops wurden jeweils von den assoziierten Partner\*innen des Projekts (Freiburger Fachstelle Intervention gegen Häusliche Gewalt – FRIG, Jugendamt des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, Frauenhorizonte, Evangelische Hochschule Freiburg) und der Projektleitung durchgeführt.

Der Freitag begann mit einer kurzen Vorstellung der Workshopergebnisse. Anschließend berichtete Ophélie Ivombo (Frauenhauskoordinierung Berlin) von den Herausforderungen digitaler Gewalt in Frauenhäusern, die sich beispielsweise auch in Tracking-Apps und Spy-Software manifestieren. Birgit Schweikert, Stellvertretende Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gab danach in einem Impulsvortrag einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der Gewaltschutzpolitik auf Bundesebene. Sie betonte die Dringlichkeit, die weiteren Vorhaben so schnell wie möglich, d.h. noch in der aktuellen Legislaturperiode umzusetzen.

Barbara Kavemann (SOFFI.F Berlin) rückte in ihrem Vortrag Kinder und Jugendliche als (in)direkt Betroffene von Gewalt in Partnerschaften in den Mittelpunkt, denn deren Entwicklung werde durch das Miterleben der Gewalt unmittelbar negativ beeinflusst. Des Weiteren wies sie auf Forschungserkenntnisse hin, nach denen das Miterleben häuslicher Gewalt im Kindesalter das Risiko erhöht, im Erwachsenenalter selbst unterschiedliche Formen von Gewalt zu erfahren oder auszuüben.



*In der abschließenden Podiumsdiskussion mit Martina Raab-Heck, Asha Hedayati, Gunda Wössner, Clara Friedrich und Roland Hertel (v. l. n. r.) wurde der akute Handlungsbedarf zur Prävention häuslicher Gewalt thematisiert; Foto: Natalie Gehringer*

Im letzten Vortrag der Tagung gab Roland Hertel (bis vor kurzem Vorstandsvorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.) einen Einblick in die Arbeit mit Gewaltausübenden. Er betonte insbesondere die Bedeutung der Vaterrolle; es sei erfolgversprechend, den Tätern die Perspektive der mitbetroffenen Kinder bewusst zu machen.

Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion (Moderation Gunda Wössner) mit Asha Hedayati (Rechtsanwältin und Buchautorin), Martina Raab-Heck, Clara Friedrich (Landeskoordinierungsstelle Istanbul-Konvention Bremen) und Roland Hertel, in der sich die Teilnehmenden mit Fragen zu akuten Handlungsbedarfen in rechtlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht auseinandersetzten.

Die Tagung stieß auf reges Interesse. Insgesamt nahmen etwa 70 Personen aus unterschiedlichen Professionen teil, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Polizei, NGOs und anderweitigen sozialpolitischen Akteure.